



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

17. März 2023

17. März 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Neues aus dem Bundestag

**Befragung der Bundesregierung und
Fragestunde im Plenum**

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche



Neues aus dem Bundestag

Ab Mai gibt es das Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr

Nach dem erfolgreichen 9-Euro-Ticket im vergangenen Jahr kommt nun das digitale, bundesweit gültige Deutschlandticket zum Einführungspreis von 49 Euro monatlich, so haben es Bund und Länder Ende 2022 vereinbart.

Diese Woche wurde im Bundestag die Finanzierung des Deutschlandtickets beschlossen. Damit kann die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat am 1. Mai für 49 Euro im Monat starten. 1,5 Milliarden Euro bekommen die Länder dafür jährlich vom Bund.



Als nächstes muss der Bundesrat zustimmen. Dann kann das Deutschlandticket ab April 2023 im Abo gekauft werden. Es ist ab Mai gültig, monatlich kündbar und wird übergangsweise auch in Papierform angeboten. Mit dem Ticket können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland genutzt werden. Mit dem Ticket wird Mobilität nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendlerinnen und Pendler und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende.

Gesetz gegen Demokratiefeinde

Mit dem Demokratiefördergesetz will die Bundesregierung Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischer Bildung fördern und stärken. Zur Begründung führt die Bundesregierung Beobachtungen, dass Verschwörungsideologien, Desinformation und Wissenschaftsleugnung ebenso wie die Radikalisierung einzelner Gruppen immer weiter zunehmen würden, an.

Mit einem Demokratiefördergesetz schaffen wir erstmals die gesetzliche Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention



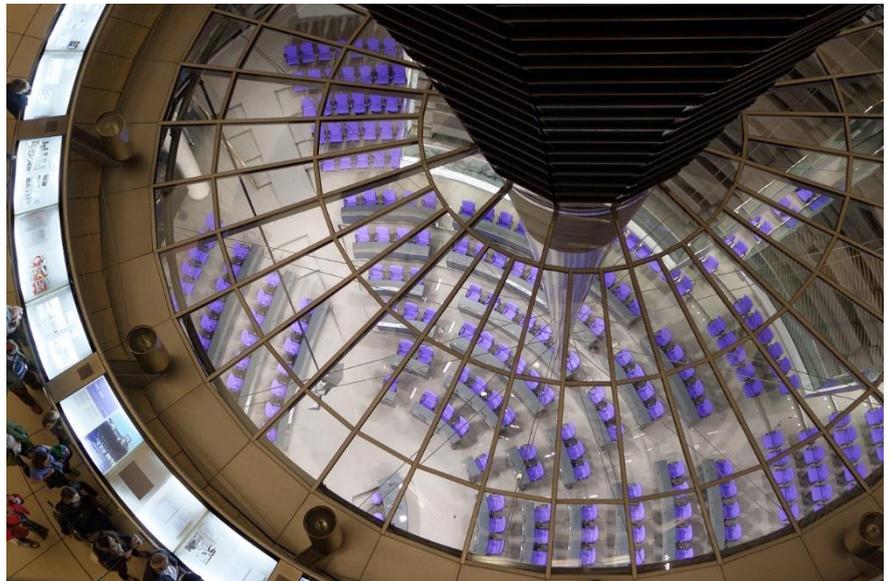
ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf. Das ist eine wichtige Nachricht für viele Vereine und Verbände, die sich für die Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einsetzen.

Aktuell fördert der Bund zahlreiche Projekte mit steigenden Mitteln. Standen 2016 für die beiden größten Bundesprogramme „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ noch 62,5 Millionen Euro bereit, so sind es in diesem Jahr schon 182 Millionen Euro.

Gefördert werden ganz unterschiedliche Projekte: Beispielsweise pädagogische Formate gegen Hass im Netz, Angebote gegen Ausgrenzung in Ausbildung und Beruf, Beratungsstellen im Bereich islamistischer Extremismus oder präventiv-pädagogische Angebote für inhaftierte jugendliche Straftäterinnen und Straftäter. Die geförderten Projekte und Programme werden auch weiterhin wissenschaftlich begleitet, um sie auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu prüfen.

Wir verkleinern den Bundestag

Im Plenum haben wir diese Woche auch die Wahlrechtsreform abgeschlossen und setzen damit ein maßgebliches Vorhaben des Koalitionsvertrages um. Wir haben versprochen, das Wahlrecht zu reformieren und den Bundestag dauerhaft zu verkleinern. Mit unserem Vorschlag legen wir eine künftige Regelgröße von 630 Abgeordneten fest.



In den vergangenen 20 Jahren ist der Bundestag immer größer geworden. Mit aktuell 736 Abgeordneten haben wir eine Rekordanzahl erreicht, die deutlich über der Regelgröße liegt. Damit das Parlament arbeitsfähig bleibt, werden wir es deutlich verkleinern.

Die Reform des Wahlrechts, die wir diese Woche beschlossen haben, legt die Zahl der Abgeordneten verbindlich fest. Künftig wird es keine Überhang- und damit auch keine Ausgleichsmandate mehr geben. Jede Stimme zählt gleich viel. Der Bundestag hat dann eine feste und angemessene Größe von 630 Abgeordneten, die sich nicht bei jeder Wahl ändert. Wir behalten die Bezeichnung Erst- und Zweitstimme bei, zudem wird es eine einfache 5-Prozent-Hürde geben, die Grundmandatsklausel fällt also künftig weg.



Nach einer sehr emotionalen und von vielen Kurzinterventionen unterbrochenen Debatte wurde die Wahlrechtsreform beschlossen. Die Ampel schafft mit dieser historischen Reform endlich den großen Wurf, der dauerhaft die Probleme des alten Wahlrechts löst. Das neue Wahlrecht ist einfacher und gerechter: Es betrifft im Ergebnis alle Fraktionen gleichermaßen. Das war nur möglich, weil die Koalitionsfraktionen nicht auf den eigenen Vorteil geschaut haben – sondern darauf, was für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und für die Parteien gerecht ist.

Befragung der Bundesregierung und Fragestunde im Plenum

Befragung der Bundesregierung: In Sitzungswochen können Abgeordnete mittwochs nach der Sitzung des Bundeskabinetts über die dort besprochenen Vorhaben Auskunft erhalten und Fragen an die Bundesregierung stellen.

In dieser Woche stellte sich Nancy Faeser den Abgeordneten. Sie betonte die Notwendigkeit starker Sicherheitsbehörden.



Der Krieg in der Ukraine habe massive Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Deutschland.

Zu den Auswirkungen des Krieges zählten Cyberangriffe und Desinformationskampagnen. Auch die Angriffe prorussischer Hacker hätten massiv zugenommen. Die Sicherheitsbehörden seien jedoch wachsam und hätten die Lage im Blick.

Der Krieg bedrohe durch Desinformation auch die Demokratie, um die Gesellschaft zu spalten, weshalb Extremismus entschlossen bekämpft werden müsse, etwa durch das Demokratieförderungsgesetz.



Fragestunde im Plenum

In jeder Sitzungswoche findet im Plenum eine Fragestunde statt, für die jeder Abgeordnete Fragen einreichen kann und ebenfalls alle anderen Abgeordnete aus dem Plenum beliebig viele allgemeine Fragen zu dem jeweiligen Geschäftsbereich des befragten Ministeriums stellen können.



Im Plenum des Deutschen Bundestages musste sich in dieser Woche Edgar Franke in der Fragestunde für das Bundesministerium für Gesundheit den Fragen der Abgeordneten stellen. Die Fragestunde soll dem Parlament die Möglichkeit geben, der Kontrollpflicht gegenüber der Bundesregierung nachzugeben.

Franke musste zu einer Vielzahl von Themen Stellung nehmen – dabei insbesondere die Versorgungssituation im ländlichen Raum, Engpässe bei Arzneimitteln und Erstattungsmöglichkeiten nicht invasiver Pränataltests.

Er begegnete den Fragen schlagfertig und in aller Ausführlichkeit. In manchen Fällen waren die Antworten für die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Yvonne Magwas, CDU, sogar zu ausführlich. Regelmäßig wies sie Franke daraufhin, dass vorgesehene Zeitfenster für die Antworten nicht überschritten werden sollen.

Die Fragestunde mit Edgar Franke ist her zu sehen: [Deutscher Bundestag - Mediathek](#).

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Erfolgreicher Jahresauftakt für die Sozialdemokraten im Schwalm-Eder-Kreis – Die HNA berichtete in ihrer Ausgabe vom 11. März 2023.

Kevin Kühnert verteidigt die Bundespolitik

Generalsekretär motiviert beim Jahresempfang der SPD in Melsunger Kulturhalle die Genossen

VON CHRISTINE THIERY

Schwalm-Eder – Es war ein launiger Abend in der Melsunger Kulturhalle: Die SPD Schwalm-Eder hatte zum Jahresempfang eingeladen. Prof. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Gesundheit, brachte als Überraschungsgast Kevin Kühnert, den Generalsekretär der SPD, aus Berlin mit. Der war spontan für die eigentlich angekündigte aber dann erkrankte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas eingesprungen. Die rund 270 Besucher feierten Kühnert nach dessen Rede mit frenetischem Applaus.

Die Stimmung war auch sonst eher ausgelassen: Die Verbundenheit der SPD Familie lag in der Luft. Nach zwei Jahren ohne Empfang dürfte man wieder nach Austausch. Der Blick lag auch auf dem Landtagswahlkampf und dem festen Willen der SPD, Regierungspartei in Wiesbaden zu werden, wie Günter Rudolph, Fraktions-sprecher der SPD im Landtag, betonte.

Dennoch herrschte viel Respekt angesichts der politischen Herausforderungen. „Es sind keine einfachen Zeiten“, sagte Kreisvorsitzender Philipp Rottwilim eingangs. Der Krieg in der Ukraine, Inflation, steigende Zinsen und hohe Baukosten verunsicherten die Menschen. Sie bräuchten Schutz und Unterstützung in schweren Zeiten sowie positive Energie. Das



Die SPD Riege unter sich: von links MdL Günter Rudolph, Edgar Franke, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Gesundheit, Generalsekretär Kevin Kühnert, Kreisvorsitzender Philipp Rottwilim und Direktkandidat für den Landtag Martin Herbold. FOTOS: CHRISTINE THIERY

wolle die SPD bieten. Für den Landkreis zählten eine gute medizinische Versorgung und eine kostenfreie Bildung für alle zu den wichtigsten Themen. Um der Krise mental zu trotzen, gab Rottwilim den Genossen Tipps für die Gesundheit auf den Weg. Mehr im Moment leben, dankbar sein und eine Leidenschaft, wie eben die für die SPD, zu pflegen – das waren seine Ratschläge.

Der Ehrengast Kevin Kühnert trabte energisch über die Treppe in Richtung Rednerpult. Er sollte eine motivieren-

de Rede halten, habe es im Vorfeld geheißt, sagte er: Frei nach dem Motto „Deutschland packt das“, sagte er. Zunächst einmal aber bemängelte er die Kritik, die der Bundes-SPD entgegengebracht wurde. Als zu „zögerlich und zaudernd“ sei die SPD mit Olaf Scholz an der Spitze kritisiert worden. Das wehrte er ab: Der Kanzler habe seine Sache gut gemacht, angesichts der Wendungen nach dem russischen Angriffskrieg. Das hätte auch ganz anders ausgehen können, sagte er mit Blick auf

den Beginn des Ersten Weltkrieges 1914. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges seien überall spürbar. Dennoch seien viele Befürchtungen bislang nicht eingetreten, so wie leere Gasspeicher. Die Finanzierung der Strom- und Gaspreibremse durch eine Übergewinnsteuer sei ein in der Vergangenheit undenkbares Novum.

Man habe Entscheidungen treffen müssen, mit denen man nie gerechnet habe. In der Energiepolitik gelte es die Transformation nun konkret zu gestalten. Dabei solle

Deutschland Industrienation bleiben. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien auf 100 Prozent müssten rein rechnerisch jeden Tag fünf neue Windkraftanlagen gebaut werden. Da müsse man ranklotzen: „Wir wollen in der technologischen Führung bleiben.“ Dafür sei es nötig, Industrien wieder anzusiedeln. Erneuerbare Energien seien eine dringende Voraussetzung dafür. Kühnert will auch mehr Frauen in Vollzeitarbeit bringen um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Außerdem

müsste älteren Arbeitnehmern mehr Wertschätzung gegenüber gebracht werden und die Einwanderungsgesetze sollen erneuert werden. „Wir stehen in Konkurrenz mit anderen westlichen Ländern um gute Arbeitnehmer.“ Am Ende seiner flammenden Rede ging er auf die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit ein. „Menschen, die sich einbringen, halten die Gesellschaft zusammen.“ Musikalisch umrahmte das Kasseler Duo Soulsonic um Ramona Reiff und Urban Beyner den Abend.

Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl 2023 in Hessen - Die Vorstellungen gehen weiter. Für den Wahlkreis 8 Schwalm-Eder II – südlicher Schwalm-Eder-Kreis stellt sich die Ersatzkandidatin Adriana Reitz vor:

Ich heiße **Adriana Reitz**, bin 48 Jahre alt, Frau und Mutter, Integrationsbeauftragte des Schwalm-Eder-Kreises und ehrenamtliche Kommunalpolitikerin in einer Vielzahl von Gremien, Ersatzkandidatin für die Hessische Landtagswahl am 08. Oktober 2023 und meinen



Wahlkreis 8 und natürlich bin ich von Herzen und mit ganzer Überzeugung Sozialdemokratin und Verdi Mitglied.

WER die Freiheit liebt
und den Krieg hasst,
wer Recht und Wahrheit
achtet,
wer Menschlichkeit und
Gerechtigkeit wieder
zum Sieg verhelfen will.
der gehört zu uns
der gehört in die Reihen
der Sozialdemokratie

Das Zitat links ist von Andreas Gayk aus dem Jahr 1946. Es ist aktueller denn je und beschreibt ziemlich genau meine Gründe mich in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu engagieren.

Als Sozialarbeiterin habe in den vergangenen Jahren viel mit langzeitarbeitslosen Menschen, alleinerziehenden Frauen und Männern, Jugendlichen und Menschen mit Migrationsgeschichte gearbeitet. Während einer solchen Tätigkeit wird das soziale Gefälle deutlich sichtbar und die Lücken, gerade im Bereich Bildung, erschreckend deutlich. Als Frau und alleinerziehende Mutter und aus einer

Großfamilie kommend kenne ich fast alle diese Lebenssituationen selbst und kann sagen, dass Bildung immer noch von der Größe des Geldbeutels der Eltern abhängt.

Ich möchte mich für gleichwertige Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land, Chancengleichheit in allen Bereichen und frühkindliche Bildung aktiv einsetzen!

Ob Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung, Arbeit und Wohnen ein

flächendeckendes Handynet, gute Gesundheitsversorgung und einen ausgebauten und nutzbaren ÖPNV sind für mich quasi eine Daseinsversorgung.

Um frühkindliche Bildung und auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, bedarf es in erster Linie den Ausbau der Kinderbetreuung. In Hessen fehlen 34.000 Kindergartenplätze und leider auch die dazugehörigen Erzieher und Erzieherinnen. Attraktive Ausbildungs- und





Arbeitsbedingungen sowie kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zum Meister oder Master sind nur ein Anfang den die Landes SPD Hessen fordert.

Ich finde, gerade in schwierigen Zeiten muss Politik auf Fragen der Bürgerinnen und Bürger eingehen, Rede und Antwort stehen. Dem stelle ich mich gerne und bin bekannt dafür, dass ich engagiert und mit Herzblut meine Versprechen einhalte. Mir ist es wichtig, Perspektiven zu wechseln — meine eigene und die meiner Mitmenschen!

Bilder der Woche

Bundespolitik hautnah

Edgar Franke empfing eine Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis (Bild unten). Die Besucher interessierte, wie der Tag eines Bundestagsabgeordneten in der Praxis aussieht. „Seit dem ich zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister ernannt worden bin, hat die Belastung doch erheblich zugenommen“, gestand er.

Neben der Besichtigung des Plenarsaals und Vorträgen im Deutschen Bundestag und dem Besuch des Bundespräsidialamtes und Schloss Bellevue gab es Stadtrundfahrten sowie Informationsbesuche im Bundesministerium für Digitales und Verkehr und im Stasi-Museum. Ein besonderes Highlight war die Teilnahme am "ZDF-Morgenmagazin".





Die Besonderheit: Erstmals waren alle Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten dabei.



Im Bild oben von links:

Onno Wulf, Gudrun Bärthel-Schneck, Edgar Franke, Michael Höhmann, Teilnehmer Jürgen Simon, Werner Kramer und Petra Henkel.

Bild rechts:

Edgar Franke nutzte bei einem Besuch der österreichischen Hauptstadt Wien eine Terminlücke, um die **Bundesgeschäftsstelle der Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)** aufzusuchen (Bild rechts).





IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Image by [Nick Walker](#) from [Pixabay](#), Seite 3 Image by [Andrew Virnuls](#) from [Pixabay](#), Seite 4, Screenshot siehe [Deutscher Bundestag - Mediathek](#), Seite 5 Screenshot siehe [Deutscher Bundestag - Mediathek](#), Seite 6 Artikel der Hessisch-Niedersächsischen-Allgemeine Ausgabe Schwalm-Eder vom 11. März 2023, Seite 7 Adriana Reitz, Seite 8 Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie, Seite 9 alle Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.